



K E E L E
UNIVERSITY

Die Bündnisgrünen nach der Bundestagswahl 2002: Auf dem Weg zur linken Funktionspartei?

Thomas Poguntke

Keele European Parties Research Unit
(KEPRU)

Working Paper 18

© Thomas Poguntke, 2003

ISSN 1475-1569
ISBN 1-899488-03-0

KEPRU Working Papers are published by:

School of Politics, International Relations and the Environment (SPIRE)
Keele University
Staffs
ST5 5BG, UK

Tel +44 (0)1782 58 4177/3088/3452
Fax +44 (0)1782 58 3592
www.keele.ac.uk/depts/spire/

Editor: Professor Thomas Poguntke (t.poguntke@keele.ac.uk)

KEPRU Working Papers are available via SPIRE's website.

Launched in September 2000, the Keele European Parties Research Unit (KEPRU) was the first research grouping of its kind in the UK. It brings together the hitherto largely independent work of Keele researchers focusing on European political parties, and aims:

- to facilitate its members' engagement in high-quality academic research, individually, collectively in the Unit and in collaboration with cognate research groups and individuals in the UK and abroad;
- to hold regular conferences, workshops, seminars and guest lectures on topics related to European political parties;
- to publish a series of parties-related research papers by scholars from Keele and elsewhere;
- to expand postgraduate training in the study of political parties, principally through Keele's MA in Parties and Elections and the multinational PhD summer school, with which its members are closely involved;
- to constitute a source of expertise on European parties and party politics for media and other interests.

The Unit shares the broader aims of the Keele European Research Centre, of which it is a part. KERC comprises staff and postgraduates at Keele who are actively conducting research into the politics of remaking and integrating Europe.

Convenor KEPRU: Dr Kurt Richard Luther (r.luther@keele.ac.uk)

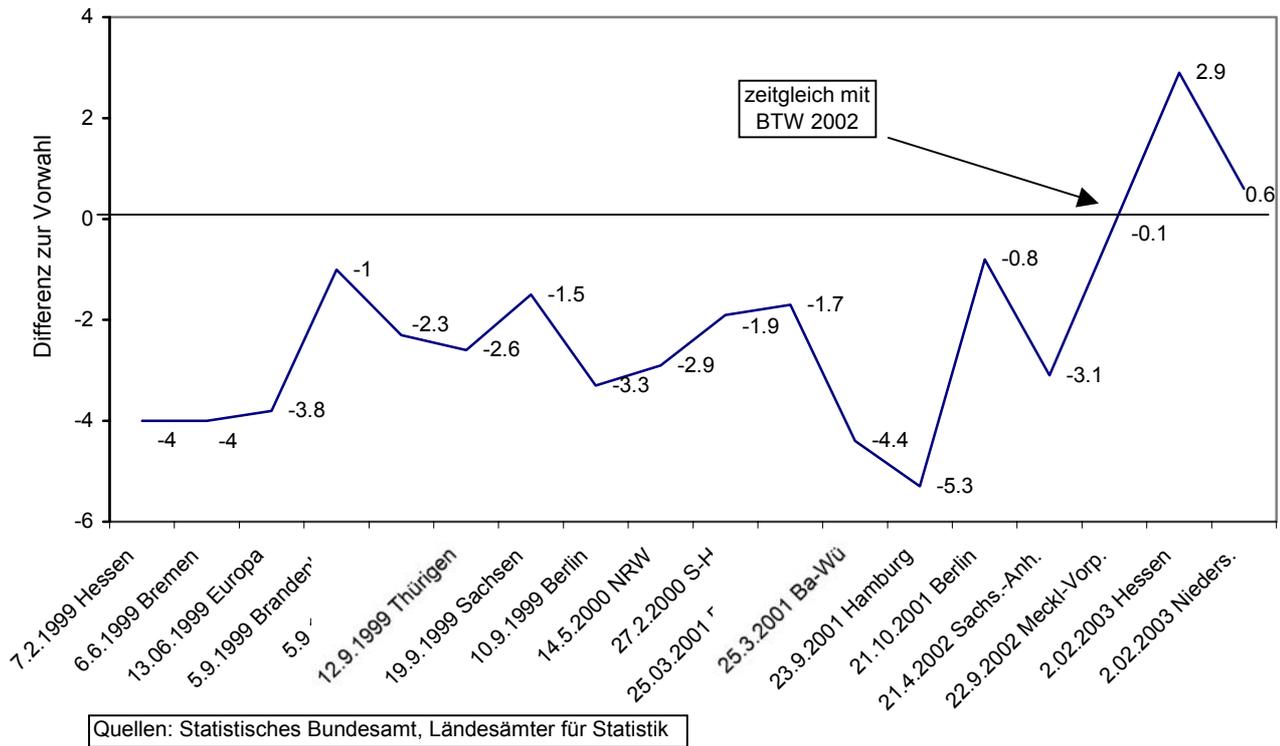
Thomas Poguntke is Professor of Political Science in the School of Politics, International Relations and the Environment (SPIRE) at Keele University.

Die Bündnisgrünen nach der Bundestagswahl 2002: Auf dem Weg zur linken Funktionspartei?*

Nicht nur der Wahlkampf, auch der Wahlabend glich einer Achterbahnfahrt: Ein Auf und Ab zwischen Bangen und Hoffen, zwischen widersprüchlichen Prognosen und verfrühten Siegesmeldungen, und dann, nach Mitternacht, die Sieger Gerhard Schröder und Joschka Fischer gezeichnet von einer langen Nacht und einem erschöpfenden Wahlkampf, in Siegerpose im Willy-Brandt-Haus, lange nachdem die meisten Parteigänger schon den Heimweg angetreten hatten. Dabei hatte es ein knappes Jahr zuvor noch so ausgesehen, als lohne sich der Streit um die Kanzlerkandidatur der Unionsparteien kaum. Erst nach langem Zögern, und nachdem die Umfragezahlen nach oben zu weisen begannen, hatte sich Edmund Stoiber überhaupt entschlossen, seinen Hut in den Ring zu werfen. Damals, im Januar 2002, erwarteten die meisten politischen Beobachter noch einen vergleichsweise ungefährdeten Sieg der rot-grünen Regierungskoalition. Doch diese guten Ausgangsbedingungen selbst waren alles andere als selbstverständlich, erinnert man sich an den schlechten Start der ersten rot-grünen Bundesregierung, die schon kurz nach ihrer Amtsübernahme in erhebliche Schwierigkeiten geriet und erst durch die Spendenaffäre von Altkanzler Helmut Kohl aus der Defensive kam. Ein Rückblick auf die Schwierigkeiten zu Beginn der ersten rot-grünen Bundesregierung und die erheblichen wahlpolitischen Rückschläge, die die Bündnisgrünen während der gesamten Legislaturperiode hinnehmen mussten (siehe Schaubild 1), lässt den Wahlerfolg vom 22. September 2002, bei dem die Grünen 1,9 Prozentpunkte hinzugewannen und ihr bislang bestes Bundesergebnis erzielten, in einem weniger glanzvollen Licht erscheinen: Sind die Bündnisgrünen gerade noch einmal davon gekommen oder signalisiert die Bundestagswahl 2002 die Konsolidierung der ehemaligen Protestpartei als linke, reformorientierte Regierungspartei?

* Chapter draft for Oskar Niedermayer (ed.) (2003), *Die Parteien nach der Bundestagswahl 2002*, Opladen: Leske + Budrich.

Schaubild 1: Sekundärwahlen seit der Bundestagswahl 1998



2 Vier Jahre Rot-Grün

2.1 Zumutungen des Regierens

Zur Erinnerung: Die erste rot-grüne Bundesregierung war eher das Ergebnis eines überraschenden Wahlergebnisses als das Resultat des erklärten politischen Willens beider Koalitionspartner während des Wahlkampfes. Angesichts des unsicheren Ausgangs hatten sich die SPD und ihr Spitzenkandidat Gerhard Schröder während des Wahlkampfes allzu klarer Aussagen enthalten, rechneten doch viele mit einer Konstellation, die eine Große Koalition nahe legen oder gar eine sozial-liberale Koalition ermöglichen würde. Dementsprechend unentschieden waren auch die Koalitionspräferenzen der Wahlbevölkerung: Keine der theoretisch möglichen Kombinationen wurde von den Wählern eindeutig präferiert, eine relative Mehrheit bevorzugte eine Große Koalition (34 Prozent), gefolgt von 24 Prozent, die eine rotgrüne Koalition präferierten, während weder eine Fortsetzung des christlich-liberalen (13 Prozent) noch ein sozialliberales Bündnis nennenswerten Zuspruch fanden (Gabriel 2001: 175; Feist/Hoffmann 1999: 246). Die eindeutige Mehrheit für rot-grün aufgrund des unerwartet schlechten Abschneidens der alten

Regierung machte solche Spekulationen noch am Wahlabend gegenstandslos (von Alemann 1999: 47). Arithmetische Mehrheiten sind jedoch nicht mit einem politischen Mandat oder gar einem gemeinsamen politischen Projekt gleichzusetzen, und dies zeigte sich bald nach der schnellen und vergleichsweise reibungslosen Regierungsbildung.

Das erste größere rot-grüne Reformprojekt, die geplante Einführung einer doppelten Staatsbürgerschaft, führte geradewegs in die Niederlage bei den hessischen Landtagswahlen im Februar 1999 (von Alemann 1999: 59; Schmid 1999: 73). Aber auch ohne diese schmerzliche Niederlage zeigte sich schon bald nach Antritt der neuen Regierung, dass sie eher auf dem gemeinsamen Willen zur Macht als auf einem gemeinsamen Reformprojekt basierte. Hinweise des Bundeskanzlers, es müsse klar sein, wer in der gemeinsamen Unternehmung ‚Koch und wer Kellner sei‘ machten dies auch in der Öffentlichkeit deutlich. Auch der Ratschlag an die Adresse der Grünen, er, Gerhard Schröder, empfehle „mehr Fischer und weniger Trittin“ war ein deutlicher Hinweis darauf, dass ökologische Forderungen nicht gerade große Begeisterung im Kanzleramt hervorriefen.

Auch ohne diese schwache gemeinsame Basis hätten die Startbedingungen jedoch kaum schlechter sein können. Kaum im Amt sahen sich die Bündnisgrünen, aus Anti-AKW und Friedensbewegung hervorgegangen, mit der Alternative konfrontiert, den ersten Kampfeinsatz deutscher Soldaten seit dem zweiten Weltkrieg mitzutragen oder aus der Regierung auszuschneiden (Rüdiger 2002: 95). Der Streit um die Unterstützung des Einsatzes deutscher Truppen im Kosovo führte denn auch zu einer der schwersten innerparteilichen Konfrontationen in der Geschichte der Partei. Anders als bei vielen vorangegangenen Debatten ging es dieses Mal allerdings um reale Handlungsalternativen, nicht um eher abstrakte programmatische oder koalitionsstrategische Positionen. Nur wenige Monate nach ihrem Eintritt in die Bundesregierung sahen sich die Bündnisgrünen schlagartig mit der wichtigsten und problematischsten Folge der Machtbeteiligung konfrontiert. Die ehemalige Protestpartei wurde selbst zur Zielscheibe des Protestes ihrer ehemaligen Bundesgenossen - und musste sich bei ihrem Bielefelder Sonderparteitag zum Kosovo-Krieg im Mai 1999 von der Staatsmacht gegen den außerparlamentarischen Protest schützen lassen, der der Partei ursprünglich aus den Startlöchern geholfen und parlamentarische Repräsentanz verschafft hatte (Lees 2000: 128-34). Der Farbbeutelanschlag auf Außenminister Fischer symbolisiert den Paradigmenwechsel bündnisgrüner Politik: Nun waren die Grünen plötzlich selbst Repräsentanten des Staates und sahen sich der Protesttechniken ausgesetzt, die sie einstmals - mehr oder weniger deutlich - selbst unterstützt hatten. Ein Muster, das sich bei der Auseinandersetzung um Atomtransporte wiederholen sollte.

Die Auseinandersetzung um die Wiederaufnahme der Atomtransporte im März 2001 zeigte erneut und überdeutlich das strategische Dilemma der Bündnisgrünen als Regierungspartei auf Bundesebene. Angesichts der Kernkompetenz der Grünen im Bereich der Umweltpolitik war die Übernahme des Umweltministeriums nicht nur naheliegend, sondern zwingend im Hinblick auf die politischen Gestaltungsmöglichkeiten zugunsten der Interessen der eigenen Anhängerschaft. Keine der europäischen Schwesterparteien, die an nationalen Regierungen beteiligt waren oder sind, konnten oder wollten sich dieser Logik entziehen. Damit handeln sich diese Parteien jedoch auch einen unlösbaren Konflikt mit ihrer eigenen Kernklientel ein, da die Handlungsmöglichkeiten strukturell begrenzt und damit Enttäuschungen der eigenen Anhängerschaft unvermeidbar sind (Poguntke 2002: 139-143). Der Kompromiss zum Ausstieg aus der Atomenergie verdeutlicht die Begrenztheit der Handlungsmöglichkeiten: Angesichts der ungelösten Entsorgungsfrage hätte selbst ein deutlich schnellerer Ausstieg eine Wiederaufnahme der Nukleartransporte kaum vermieden - mit der fast unausweichlichen Konsequenz der Mobilisierung der Atomkraftgegner, nur dass dieses Mal ein grüner Bundesumweltminister die Notwendigkeit der Transporte zu rechtfertigen hatte. Das Beispiel verdeutlicht auch, warum bei Regierungsbeteiligungen auf Landesebene die strategischen Probleme, obwohl grundsätzlich gleich, häufig besser abzufedern sind: Im kooperativen Föderalismus liegt die letzte Kompetenz oft beim Bund, was grünen Landesumweltministern häufig die Gelegenheit zum publikumswirksamen Konflikt mit der Bundesregierung gab. Mit anderen Worten, solange die letzte Entscheidungsgewalt nicht bei der Landesregierung liegt, lassen sich mangelnde Erfolge durch den Verweis auf den hemmenden Einfluss der Bundespolitik leichter rechtfertigen.

Mit der Regierungsbeteiligung auf Bundesebene fiel diese Rechtfertigung weg; die Erwartungen der eigenen Klientel waren ungleich größer. Andererseits sind die Gestaltungsmöglichkeiten strukturell begrenzt. Schnelle und grundlegende Veränderungen sind in komplexen Industriegesellschaften in interdependenten Politikbereichen kaum durchzusetzen. Aus dieser Sicht ist es kaum überraschend, dass die Bündnisgrünen ihre sichtbarsten Erfolge in Bereichen erzielt haben, die die Funktionsfähigkeit des sozio-ökonomischen Systems vergleichsweise gering tangieren. Auch hier zeigt der europäische Vergleich, dass es sich nicht um eine bundesdeutsche Besonderheit handelt: Symbolisch hoch ‚aufgeladene‘, für die etablierte Interessen jedoch vergleichsweise folgenlose Reformen im Bereich der individuellen Lebensführung und zugunsten gesellschaftlicher Minoritäten ermöglichten grünen Regierungsparteien deutlich sichtbare Erfolge. Beispiele hierfür sind das

Eintreten für eine Besserstellung von Asylbewerbern, die Gleichstellung homosexueller Partnerschaften oder liberalere Zuwanderungsgesetze (Poguntke 2002: 140).

War die Übernahme des Außenministeriums durch Joschka Fischer in erster Linie dessen persönlichen Ambitionen geschuldet (Raschke 2001: 96), so kann die Übernahme des Gesundheitsressorts durch Andrea Fischer als der Versuch interpretiert werden, die Kompetenz der Grünen in den sozialpolitischen Bereich hinein auszuweiten. Kaum überraschend erwies sich die Gesundheitspolitik allerdings als vermintest Gelände, auf dem ohne (oder gar gegen) die etablierten sozialdemokratischen Fachpolitiker kaum etwas zu bewegen war. So gesehen bot der Rücktritt Andrea Fischers im Zusammenhang mit der BSE-Krise zu Jahresbeginn 2001 die Gelegenheit zur strategischen Neuorientierung. Die Übernahme des zum ‚Verbraucherschutzministerium‘ umbenannten Landwirtschaftsressorts durch Renate Künast (die deshalb ihr Amt als Parteisprecherin an Claudia Roth abgeben musste) bot den Grünen die Möglichkeit, ihre Kompetenz auf der Ökologie verwandten Politikfeldern auszuweiten (Rüdig 2002: 100-1).

Fischers außenpolitische Ambitionen bedeuteten zwar, dass der profilierteste und durchsetzungsfähigste Politiker der Bündnisgrünen der Innenpolitik weitgehend verloren ging. Ein erheblicher Teil der rot-grünen Koordinationsprobleme, vor allem zu Beginn der Legislaturperiode mag dem Umstand geschuldet sein, dass sich der heimliche Parteivorsitzende kaum an innenpolitischen Debatten beteiligte (Raschke 2001: 96). Andererseits sorgte Fischers Position für unerlässlichen außenpolitischen Flankenschutz. War der Kosovo-Konflikt schon zu Beginn des rot-grünen Experimentes absehbar, so kam die schwerste Belastungsprobe für die Koalition erst als Folge der Terroranschläge vom 11. September 2001. Als im Herbst 2001 die Beteiligung der Bundeswehr am Krieg in Afghanistan zur Debatte stand, konnten nur eine Rücktrittsdrohung Fischers und die Vertrauensfrage des Bundeskanzlers (am 16. November 2001) die Regierungsmehrheit im Bundestag sichern.

2.2 Effekte: Organisatorische Anpassung

Die hier in Grundzügen skizzierten Herausforderungen und Effekte des Regierens lassen sich aus einer umfassenderen theoretischen Perspektive interpretieren, die die verschiedenen Entwicklungsphasen politischer Parteien von ihrer Gründung bis hin zur Regierungsverantwortung berücksichtigt. In Anlehnung an Pedersens Modell der Lebenszyklen politischer Parteien (Pedersen 1982; Müller-Rommel 2002) lassen sich bei den Grünen vier vergleichsweise deutlich abgrenzbare Entwicklungsstufen identifizieren, die

jeweils mit spezifischen organisatorischen und strategischen Anpassungsleistungen einhergehen. Als primär an grundsätzlichen politischen Zielen interessierte „Promoter Party“ in die Parteipolitik gestartet, haben sich die Grünen in mehreren Entwicklungsschritten zu einer vor allem am Machtwettbewerb orientierten „Contender Party“ gewandelt (Harmel/Robertson 1985: 517; Poguntke 2001). Jede dieser Entwicklungsphasen wird durch grundlegende Veränderungen in den relevanten Umweltbedingungen der Bündnisgrünen definiert, die graduellen und abrupten organisatorischen und strategischen Wandel induzierten (Harmel/Janda 1994: 275). Auch wenn hier nur Entwicklungen auf Bundesebene in den Blick genommen werden, so muss bedacht werden, dass ein erheblicher Teil der innerparteilichen Spannungen durch die Ungleichzeitigkeit dieser Entwicklungsphasen in den einzelnen Landesverbänden erklärt werden kann.

Die erste Entwicklungsphase der Grünen (*Gründungsphase*), die mit dem Einzug in den Bundestag 1983 als abgeschlossen betrachtet werden kann, war von dem Versuch geprägt, den organisatorischen Mindestanforderungen des Parteiengesetzes Genüge zu tun ohne die primäre strategische Orientierung an den Protestbewegungen zu gefährden oder gar aufzugeben. Die Partei verstand sich primär als Sprachrohr der sie tragenden neuen sozialen Bewegungen (Rucht 1987) und versuchte einer möglichen Entfremdung auch durch eine Vielzahl von Satzungsregeln entgegenzuwirken, die innerparteiliche Macht soweit als möglich begrenzen und die Grenzen zwischen Bewegung und Partei durchlässig gestalten sollten (Burchell 2001; Poguntke 1987; Kitschelt 1988; Raschke 1993). Die zweite Phase erstreckt sich über die folgenden beiden Legislaturperioden und war geprägt von der *Parlamentarisierung* der Partei. Dies war nicht nur direkte Folge der schrittweisen Anpassung an die Funktionsbedingungen des Parlamentsbetriebes (Ismayr 1985), sondern auch Resultat ähnlicher Entwicklungen in den Landesverbänden, denen der Einzug in die Länderparlamente gelang. Viele der ursprünglichen Regeln der Basisdemokratie wurden stillschweigend aufgegeben (erinnert sei an das Prinzip, immer öffentlich zu tagen), während andere in langen und harten innerparteilichen Auseinandersetzungen modifiziert wurden. Inhaltlich versuchten die Grünen, sich von ihrer Rolle als Advokat (teils widersprüchlicher) Forderungen der einzelnen Bewegungsfragmente zu lösen und durch die Erarbeitung eines integrierten „Umbauprogrammes“ (verabschiedet auf dem Nürnberger Parteitag 1986) ein eigenständiges programmatisches Profil zu entwickeln.

Erst der Schock der Wahlniederlage von 1990, als die Grünen in Westdeutschland unter der Fünfprozenthürde blieben, führte zu grundlegenden organisatorischen Reformen mit dem Ziel, die Steuerungsfähigkeit der Partei den Erfordernissen des Parteienwettbewerbes

anzupassen. Mit ihnen beginnt die dritte Entwicklungsphase, die durch das nunmehr weitgehend unumstrittene *Anstreben nationaler Regierungsverantwortung* gekennzeichnet ist. Der Parteitag von Neumünster von 1991 blieb allerdings bei dem Versuch, hierfür geeignete Führungsstrukturen zu schaffen, auf halben Wege stehen: Mit der Abschaffung des Bundeshauptausschusses und der Schaffung eines Länderrates wurde zwar die Koordination zwischen Landesverbänden und Bundespartei verbessert. Ungelöst blieb jedoch die Frage der personellen Verzahnung zwischen Bundestagsfraktion und Parteivorstand, da der Versuch knapp scheiterte, die strikte Trennung zwischen Bundesvorstand und Bundestagsfraktion einzuschränken. Nach ihrem Wiedereinzug in den Bundestag 1994 wurden diese strukturellen Defizite durch die Schwäche der SPD und die beeindruckende parlamentarische Präsenz des ‚virtuellen‘ Parteichefs Joschka Fischer überdeckt. Auch die dringend notwendige programmatische Erneuerung der Partei wurde nicht in Angriff genommen. Zwar bestritt kaum jemand die Notwendigkeit einer Revision des Grundsatzprogrammes von 1980 (offiziell forderten die Grünen nach wie vor unverdrossen die Auflösung von NATO und Warschauer Pakt), doch überwog die Furcht, eine Programmdebatte könnte zum Wiederaufleben der Flügelkämpfe führen und damit das Ziel gefährden, auf Bundesebene Regierungsverantwortung zu übernehmen.

Obwohl sich die Grünen nach 1990 strategisch fast vollständig am Parteienwettbewerb orientierten, gelang also weder die organisationsstrukturelle noch die programmatische Anpassung an die strukturellen Erfordernisse des Regierens. Was fehlte, war nicht nur eine Führungsstruktur der Partei, die den dramatisch verkürzten Reaktionszeiten in der Regierungsverantwortung gewachsen war und gleichzeitig als „strategisches Zentrum“ handeln konnte (Raschke 2001: 25; Wiesenthal 2000: 25). Es fehlte auch eine grundlegende inhaltliche Verständigung der verschiedenen Parteiflügel darüber, was unter den Bedingungen des Regierens erreichbar war und welche Folgen im Verhältnis zu den neuen sozialen Bewegungen zu erwarten waren.

Dies musste unter den erschwerten Bedingungen des *Regierens* (der bislang letzten Entwicklungsphase) nachgeholt werden. Die Programmdebatte, die in der Verabschiedung des neuen Grundsatzprogrammes durch eine breite Mehrheit auf dem Berliner Parteitag vom März 2002 mündete, verlief vergleichsweise reibungslos. Dies konnte kaum überraschen, da die Wortführer der Radikalökologen und Fundamentalisten die Partei bereits zu Beginn der neunziger Jahre verlassen hatten und grundlegende Fragen bereits anhand aktueller Entscheidungen zu klären gewesen waren, beispielsweise der Streit um Bundeswehreinsetze und um den Ausstieg aus der Nuklearenergie. Schon der Umfang des neuen Programms

symbolisiert die Anpassung der Bündnisgrünen an die Mechanismen und Rituale der Parteienwettbewerbes. Konnten die Grünen 1980 noch mit wenigen Sätzen in ihrer Präambel ihre zentralen Überzeugungen dokumentieren, so umfasst die Präambel des neuen Grundsatzprogramms stolze 15 Seiten. In dem insgesamt 190 Seiten starken Text verabschieden sich die Bündnisgrünen denn auch endgültig von der Tradition der vor allem in ihren Gründerjahren so beliebten Maximalforderungen und erläutern detailliert ihre politischen Vorstellungen (Bündnis 90/Die Grünen 2002).

Wurden so sukzessive grüne Glaubenssätze auf dem Altar der Realpolitik und Regierungsfähigkeit geopfert, so schien das Festhalten an den letzten Bastionen der Basisdemokratie den Charakter einer Ersatzhandlung anzunehmen. Nachdem zu Beginn der Legislaturperiode wiederholte Versuche gescheitert waren, die Trennung von Amt und Mandat für die Bundesvorsitzenden aufzuheben, blieb die Partei auch nach den Bundestagswahlen 2002 ihrer Tradition treu und verweigerte dem erfolgreichen Führungsduo Claudia Roth und Fritz Kuhn die gleichzeitige Ausübung von Sprecheramt und Bundestagsmandat. Auf dem Bremer Parteitag im Oktober scheiterte der Antrag, die Trennung von Amt und Mandat für die Parteisprecher aufzuheben, denkbar knapp an 20 fehlenden Stimmen; auch auf dem kurz darauf folgenden Parteitag in Hannover im Dezember 2002 misslang der Versuch, die entsprechende Satzungsregel zu suspendieren, um das erfolgreiche Führungsduo zumindest bis zur endgültigen Klärung der Frage durch eine Urabstimmung im Frühjahr 2003 im Amt zu belassen. Zu neuen Vorsitzenden gewählt wurden der bisherige Politische Geschäftsführer Reinhard Bütikofer und die ehemalige Bundestagsabgeordnete Angelika Beer.

Abgesehen vom Festhalten an zwei gleichberechtigten Sprechern, die kein Parlamentsmandat ausüben dürfen, haben sich die Grünen allerdings in zwei Schritten (Leipzig, Dezember 1998; Karlsruhe, März 2000) eine Führungsstruktur gegeben, die sich, bis auf die eigenwillige Bezeichnung der Gremien, nicht von der ihrer Hauptkonkurrenten unterscheidet (Poguntke 1999a: 94). Die Tatsache, dass es zweier Reformschritte bedurfte, und dass diese erst nach dem Eintritt in die Bundesregierung stattfanden, verdeutlicht allerdings, wie unvorbereitet die Partei in ihre bislang letzte Entwicklungsphase ging, die als nationale Regierungspartei.

3 Der Wahlkampf

3.1 Ausgangslage

Gemessen an den oben skizzierten strukturellen Problemen der Grünen zu Beginn der Legislaturperiode in Kombination mit dem anfangs eher unglücklichen Agieren der rot-grünen Regierung und dem Albtraum jedes grünen Politikers (zwei Militäreinsätze innerhalb einer Legislaturperiode!) haben sich die Bündnisgrünen als wahlpolitisch vergleichsweise stabil erwiesen. Diese Feststellung mag überraschen, hat die Partei doch bei allen Landtagwahlen und den Europawahlen über die gesamte Legislaturperiode hinweg Wähleranteile eingebüßt. Erst bei der zeitgleich mit der Bundestagswahl 2002 durchgeführten Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern gelang es den Bündnisgrünen, diese Talfahrt zu stoppen (siehe Schaubild 1). Die Ergebnisse erscheinen allerdings in einem anderen Licht, wenn man sich vergegenwärtigt, dass die Grünen bei den jeweils vorangegangenen Wahlen von der lange anhaltenden Schwäche der SPD in der Mitte der neunziger Jahre profitieren konnten. Zumindest ein Teil der Verluste seit 1998 lässt sich also damit erklären, dass die Grünen gewissermaßen ‚auf Normalmaß zurückgestutzt‘ wurden. Außerdem ist es für eine Kleinpartei nicht selbstverständlich, dass (bis auf Sachsen-Anhalt) überall der Wiedereinzug in die Landtage gelang (siehe Tabelle 1). Die FDP hat in mehreren Phasen ihrer Geschichte schwerwiegendere Niederlagenserien in Landtagswahlen hinnehmen müssen (Horst 2001: 851-56).

Auch als Mitgliederorganisation blieben die Bündnisgrünen - wiederum gemessen an den äußerst ungünstigen Randbedingungen - vergleichsweise stabil. Nimmt man den Mitgliederstand vor der dem Bundestagswahljahr 1998 als Vergleichsmaßstab, so haben die Grünen zwischen 1997 und 2002 8,3 Prozent ihrer Mitglieder verloren (siehe Schaubild 2). Diese Verluste sind zweifellos signifikant, im Lichte der politischen Zumutungen an die eigene Mitgliedschaft jedoch nicht dramatisch. Allerdings haben sich die Grünen auch in dieser Hinsicht zu einer ‚normalen Partei‘ entwickelt - waren sie doch bis zu ihrem Eintritt in die Bundesregierung die einzige Bundestagspartei die Mitgliederzuwächse verzeichnen konnte (Niedermayer 2002).

Tabelle 1: Sekundärwahlen seit der Bundestagswahl 1998

	Wahltag	(Zweit) Stimmen %	Differenz zur Vorwahl	Sitze	Differenz zur Vorwahl
Hessen	7.2.1999	7,2	-4	8	-5
Bremen	6.6.1999	8,9	-4	10	-2
Europawahl	6/13/1999	6,4	-3,8	7	-5
Brandenburg	5.9.1999	1,9	-1	0	0
Saarland	5.9.1999	3,2	-2,3	0	-3
Thüringen	12.9.1999	1,9	-2,6	0	0
Sachsen	19.9.1999	2,6	-1,5	0	0
Berlin	9/10/1999	9,9	-3,3	18	-12
NRW	14.5.2000	7,1	-2,9	17	-7
Schleswig-Holstein	27.2.2000	6,2	-1,9	5	-1
Rheinland-Pfalz	25/3/2001	5,2	-1,7	6	-1
Baden-Württemberg	25.3.2001	7,7	-4,4	10	-9
Hamburg	23.9.2001	8,6	-5,3	11	-10
Berlin	21.10.2001	9,1	-0,8	14	-4
Sachsen-Anhalt	21.4.2002	2,0	-3,1	0	-5
Mecklenburg-Vorp.	22.9.2002	2,6	-0,1	0	0
Hessen	2/2/2003	10,1	2,9	12	4
Niedersachsen	2/2/2003	7,6	0,6	14	2

Quellen: Statistisches Bundesamt, Landesämter für Statistik

3.2 Kompromisslose Personalisierung

Hatten die Bündnisgrünen bereits 1994 ihre Abneigung gegen die Personalisierung von Politik überwunden und die Porträts der wichtigsten Spitzenpolitiker plakatiert (Niedermayer 1999: 13), so setzten sie im Bundestagswahlkampf 2002 erstmals kompromisslos auf eine personalisierte Wahlkampfstrategie. Der in schwindelnde Popularitätshöhen enteilte Außenminister Joschka Fischer wurde offiziell zum Spitzenkandidaten (umgeben von einem Team) erklärt, und die Werbestrategie überwiegend auf seine Person zugeschnitten. In Fernsehspots war der ehemalige Straßenkämpfer, dessen Popularität nicht einmal unter der Veröffentlichung einschlägiger Bilder im Frühjahr 2001 nachhaltig gelitten hatte, meist allein zu sehen. Der zentrale Werbeslogan lautete „Zweitstimme ist Joschka-Stimme“ - womit die Grünen ohne falsche Scham die über Jahrzehnte bewährte Wahlkampfstrategie der liberalen imitierten und sich in erster Linie als das grüne Korrektiv in der Bundesregierung präsentierten. Auch die Kontrolle von Wahlkampfstrategie und Wahlkampfmanagement lag in den Händen einer kleinen Gruppe von grünen Spitzenpolitikern, in der Fischer eine zentrale Rolle spielte.

Tabelle 2: Bundestagswahl 2002 nach Ländern

West	%	Differenz zu 1998	Sitze	Differenz zu 1998
Baden-Württemberg	11.4	2.10	9	1
Bayern	7.6	1.70	7	1
Berlin	14.6	3.30	4	1
Bremen	15	3.70	1	-
Hamburg	16.2	5.40	2	1
Hessen	10.7	2.50	5	1
Niedersachsen	7.3	1.40	5	1
NRW	8.9	2.00	12	1
Rheinland-Pfalz	7.9	1.80	2	-
Saarland	7.6	2.10	1	1
Schleswig-Holstein	9.4	2.90	2	-
Durchschnitt West*		2.36		
<hr/>				
Ost				
Brandenburg	4.5	0.90	1	-
Mecklenburg-Vorp.	3.5	0.60	0	-
Sachsen	4.6	0.20	2	-
Sachsen-Anhalt	3.4	0.10	1	-
Thüringen	4.3	0.40	1	-
Durchschnitt Ost		0.44		
<hr/>				
<u>Bundesergebnis</u>	8.6	1.90	55	8

* einschließlich Berlin

Quellen: Statistisches Bundesamt, Landesämter für Statistik

Selbst ein genauerer Blick auf Art und Durchführung des Wahlkampfes zeigt keine nennenswerten Unterschiede zwischen den Bündnisgrünen und ihren Konkurrenten.¹ Wie alle anderen Parteien arbeiteten die Grünen eng mit einer Werbeagentur zusammen, das Gesamtkonzept für den Wahlkampf wurde in seinen wesentlichen Elementen in der Parteizentrale entworfen, der Wahlkampf zentral koordiniert. Vorbereitet wurde diese für grüne Verhältnisse untypische Zentralisierung und Professionalisierung des Wahlkampfes durch intensive Kommunikation mit den Parteigliederungen im Vorfeld. Häufige

¹ Der Verfasser dankt dem seinerzeitigen politischen Geschäftsführer von Bündnis 90/Die Grünen, Reinhard Bütikofer, für ein Interview zu Fragen der Wahlkampfführung im Juli 2002. Dieses und weitere Interviews zum Bundestagswahlkampf wurden ermöglicht durch ein Forschungsstipendium der British Academy (Grant No SG-32843).

Schaltkonferenzen mit den Landesverbänden sollten während der heißen Wahlkampfphase die Koordination gewährleisten.

Das Mikromanagement des Wahlkampfes lag in erster Linie beim Spitzenteam um Außenminister Fischer, das, unterstützt durch einige Berater, jeden Montag zusammentraf und die grundlegenden politischen und organisatorischen Entscheidungen traf, die dann vom Bundesvorstand umgesetzt wurden. Die organisatorische Durchführung lag bei der Bundesgeschäftsstelle, die für die Dauer des Wahlkampfes durch einen eigens eingestellten Wahlkampfmanager verstärkt wurde. Auch für die erstmals durchgeführte Gegnerbeobachtung wurde eine befristete Stelle geschaffen. Wie alle anderen Parteien bemühte sich die Partei auch optisch um ein einheitliches Erscheinungsbild, das von der Gestaltung des Werbematerials bis zur Dekoration von Parteitagsbühnen reichte. Mittels einer eigenen Internetredaktion wurde versucht, erstmals auch dieses neue Medium systematisch zur Wahlkampfführung einzusetzen.

3.3 Unspektakulärer Wahlkampf

Inhaltlich war die Wahlkampagne der Grünen eher unspektakulär. Anders als 1998, als der Magdeburger Parteitag im Wahlkampf beschloss, die Partei werde eine Erhöhung des Benzinpreises auf 5 Mark anstreben und eine bayerische Abgeordnete die Frage stellte, ob denn die häufigen Flugreisen der Bundesbürger ökologisch vertretbar seien, blieben dieses Mal kontroverse und hoch emotionalisierte Themen aus. Dies mag zu einem guten Teil damit zu erklären sein, dass nach vier Jahren rot-grüner Bundesregierung die Sorge, die Grünen würden die Republik grundlegend umkrempeln, der Erkenntnis gewichen war, es seien allenfalls moderate Reformen erwarten. Vor allem lässt sich der eher unaufgeregte Wahlkampf darauf zurückführen, dass die Grünen darauf verzichteten, grundlegende Reformen anzukündigen. Statt dessen rückten sie die Fortsetzung der bewährten Arbeit in den Mittelpunkt und verwandten gar im Wortsinne konservative Argumente, indem sie betonten, nur eine rot-grüne Bundesregierung werde das bereits Erreichte bewahren, beispielsweise beim Atomausstieg, während bei einem Regierungswechsel weitreichende Revisionen drohten.

Standen die Bündnisgrünen während des Wahlkampfes von 1998 im Zentrum der Auseinandersetzungen und der Aufmerksamkeit, so blieben sie vier Jahre später eher eine Randerscheinung (Brettschneider 2003). Ausgehend von eher schwachen, aber einigermaßen stabilen Umfragewerten arbeiteten sie sich im Schatten der hoch personalisierten Auseinandersetzung zwischen Unionsparteien und SPD („Er oder Ich“) in der Endphase des

Wahlkampfes nach oben. Dabei kam ihnen zugute, dass die lange Reihe von Hiobsbotschaften und Pannen, die der SPD zu schaffen machte, die Grünen nur unwesentlich berührte. Die Sozialdemokraten hatten mit der Kölner Korruptionsaffäre, der Holtzmann-Pleite, den Wirren um Telekomchef Sommer und Verteidigungsminister Scharping sowie steigenden Arbeitslosenzahlen zu kämpfen, während die Grünen nur von der Affäre um Bonusmeilen für Bundestagsabgeordnete direkt betroffen waren. Wie wenig die Grünen der Kampagne ihren Stempel aufdrücken konnten, zeigt sich an den beiden Themen, die nach allgemeiner Überzeugung letztlich die Trendwende zugunsten der Regierungskoalition brachte. Die Auseinandersetzung um den drohenden Irak-Konflikt sowie die Hochwasserkatastrophe in Ostdeutschland, die mit weltweiten Klimaveränderungen in Zusammenhang gebracht wurde, berührten die beiden grünen Kernthemen Ökologie und Friedenspolitik. Gegenüber Schröders medialer Präsenz beim zupackenden Krisenmanagement in Ostdeutschland drangen grundsätzlichere, ökologische Forderungen allerdings kaum durch, und die Irak-Krise hatte Schröder von Beginn an zu ‚seinem‘ Thema gemacht, so dass auch hier grüne Profilierungsmöglichkeiten eng begrenzt waren. Das überraschend gute grüne Wahlergebnis (gemessen an den Umfragewerten bis kurz vor dem Wahltag) ist denn auch weniger auf die thematische Kompetenz der Grünen zurückzuführen als auf die Tatsache, dass fast ein Drittel ihrer Wähler sie in erster Linie aufgrund ihrer Funktion als Koalitionspartei gewählt haben dürfte: Nach Erhebungen der Mannheimer Forschungsgruppe Wahlen identifizierten sich 29 Prozent der Grünen-Wähler mit der SPD (Forschungsgruppe Wahlen 2002: 30). Das erfolgreichste Element des grünen Wahlkampfes war zweifellos die von der Betonung des Spitzenkandidaten getragene Zweitstimmenkampagne.

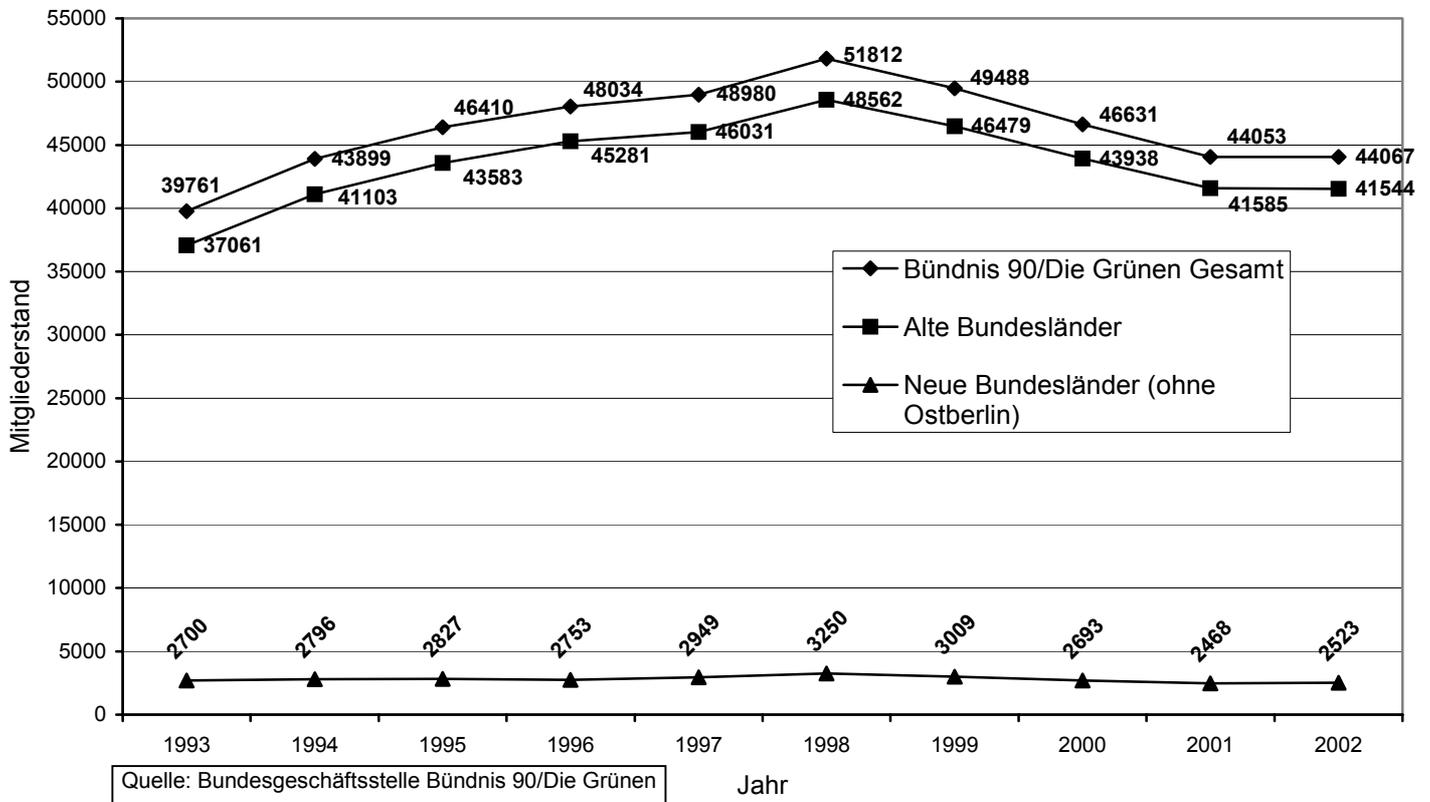
4 Das Wahlergebnis

Anders als 1998 waren im Wahlkampf 2002 die Fronten eindeutig klar: rot-grün trat gegen schwarz-gelb an. Die Strategie der FDP, ohne Koalitionsaussage in den Wahlkampf zu gehen und sich damit zwei Koalitionsmöglichkeiten offen zu halten, lief spätestens seit dem Streit um Parteivize Jürgen Möllemann ins Leere (Forschungsgruppe Wahlen 2002: 13, 32). Wer seine Stimme der SPD oder den Grünen gab, wusste, dass er für die Fortsetzung dieser Koalition votierte. Auch der hohe Anteil an sogenannten ‚Leihstimmen‘ im grünen Elektorat ist ein Indiz dafür, dass sich die Wähler über die Koalitionsoptionen im Klaren waren. So gesehen erhielt die Regierung ein klares Mandat zur Fortsetzung ihrer Arbeit, wenn auch ein denkbar knappes.

Die Grünen erzielten mit 8,6 Prozent der Wählerstimmen das beste Bundesergebnis ihrer Geschichte. Sie gewannen acht Sitze hinzu und konnten damit ihre Fraktion auf 55 Sitze vergrößern; wäre die Zahl der gesetzlichen Mitglieder des Bundestages nicht von 656 auf 598 reduziert worden, hätte der Zugewinn sogar zwölf Sitze betragen. Die Gewinne verteilen sich allerdings regional höchst unterschiedlich. Trotz Flutkatastrophe im Osten gewannen die Grünen vor allem in den westlichen Bundesländern (siehe Tabelle 2). Dort lagen die Zugewinne fast durchweg über dem Bundesschnitt von 1,9 Prozent; nur die Landesverbände in Bayern, Rheinland-Pfalz und Niedersachsen erzielten knapp unterdurchschnittliche Ergebnisse. Demgegenüber erreichten die Grünen in keinem der neuen Bundesländer einen Zugewinn von einem Prozent. Sachsen und Sachsen-Anhalt stagnierten auf niedrigem Niveau. Wie groß die Gefahr ist, dass die Grünen endgültig zu einer westdeutschen Regionalpartei werden, zeigt vor allem die Tatsache, dass sie trotz des günstigen Bundestrends im Osten nirgendwo die Fünf-Prozent-Hürde überwinden konnten und alle Mandatzugewinne auf das Konto westdeutscher Landesverbände gingen. Rechnet man der Einfachheit halber Berlin insgesamt dem Westen zu, so sind die neuen Bundesländer mit nur fünf Abgeordneten in der bislang größten grünen Bundestagsfraktion vertreten. Die zeitgleich mit den Bundestagswahlen abgehaltenen Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern liefern einen zusätzlichen Hinweis darauf, wie schmal inzwischen die Stammwählerbasis der Grünen in den neuen Bundesländern geworden ist: Das Ergebnis der Landtagswahlen, bei dem koalitionsstrategische Überlegungen für Grünen-Wähler keine Rolle spielen, lag um fast ein Prozent unter dem Ergebnis der Bundestagswahlen (siehe Tabelle 1).

Die Bündnisgrünen sind also nach wie vor weit davon entfernt, eine gesamtdeutsche Partei zu werden. Ansatzpunkte zu einer Verbesserung der Wahlergebnisse in den neuen Bundesländern könnte die Krise der PDS bieten. Das Scheitern bei den Bundestagswahlen und der Rücktritt von Gregor Gysi haben die öffentliche Sichtbarkeit der PDS erheblich eingeschränkt. Vor allem aber begrenzt die Beteiligung an Länderregierungen und die damit verbundene Notwendigkeit, mitunter schmerzhaft Sparmassnahmen vertreten oder gar umsetzen zu müssen, die Möglichkeit der PDS, sich als Oppositionspartei zu profilieren. Die Chancen der Bündnisgrünen werden jedoch durch die fehlende organisatorische Schlagkraft der Partei in den neuen Ländern begrenzt. Da sich die Mitgliederzahlen immer noch in äußerst überschaubaren Grenzen bewegen (siehe Schaubild 2), fehlen die Menschen, um erfolgreich außerparlamentarische Kampagnen und Wahlkämpfe durchführen zu können.

Schaubild 2: Mitgliederentwicklung Bündnis 90/Die Grünen



Die äußerst knappe Regierungsmehrheit von vier Sitzen wird die Kompromissfähigkeit manch grüner Abgeordneter auf eine harte Probe stellen, vor allem in Fragen militärischer Einsätze. Ein Abgeordneter hat hierbei zweifellos eine Sonderrolle: Hans-Christian Ströbele, der nicht über die Landesliste abgesichert war, gelang in seinem Berliner Wahlkreis erstmals der Gewinn eines Direktmandates für die Grünen. Sein erfolgreicher Wahlkampf stand unter dem Motto „Ströbele wählen heißt Fischer quälen“; seine kritische Haltung gegenüber dem pragmatischen Kurs seiner Fraktion kann also unmittelbare demokratische Legitimation beanspruchen.

Wie schon bei den vorangegangenen Wahlen wurden die Grünen auch dieses Mal wieder deutlich häufiger von Frauen aller Altersgruppen gewählt: wählten acht Prozent der männlichen Wähler grün, so machte immerhin jede zehnte Frau ihr Kreuz bei der Umweltpartei (Neu/Molitor 1999: 255). Das „Ergrauen der Grünen“ (Bürklin/Dalton 1994) setzte sich zwar fort, weil die Stammwähler zwischen 30 und 44 Jahren den Grünen weiterhin die Treue halten. Diese Loyalität zeigt sich auch darin, dass die Grünen ihre größten

Zugewinne im Vergleich zu 1998 in der Altersgruppe der 45 bis 59jährigen erzielten; die Grünen sind ganz offensichtlich auf dem Marsch durch die Generationen. Allerdings hat die Partei ihre Attraktivität für Jungwähler bewahren können und auch in der jüngsten Alterskohorte überdurchschnittliche Ergebnisse erzielt, so dass Spekulationen darüber, die Grünen seien das Projekt einer Generation, der empirischen Grundlage entbehren (Forschungsgruppe Wahlen e.V. Emmert/Jung/Roth 2001: 30; Forschungsgruppe Wahlen 2002: 50-54; Graf/Neu 2002: 19-23). Ein Blick auf das Altersprofil der Bundestagsfraktion (und die nunmehr seit vielen Jahren vertrauten Namen der Akteure!) zeigt jedoch, dass auch die Grünen nicht mehr all zu weit von der Notwendigkeit entfernt sind, sich über die Steuerung des Generationswechsels innerhalb der Partei Gedanken zu machen zu müssen. Das Sozialprofil der grünen Wählerschaft zeigt die bekannten Konturierungen: Nur vier Prozent der Arbeiter unterstützten die Grünen, während 10 Prozent der Angestellten, erstaunliche 14 Prozent der Beamten und immerhin 11 Prozent der Selbständigen grün wählten (Forschungsgruppe Wahlen 2002: 56).

5 Regierungsbildung

War der Wahlabend einer der aufregendsten in der Geschichte der Bundesrepublik, so verliefen die Koalitionsverhandlungen eher unspektakulär. Nach vier Jahren gemeinsamer Regierungsarbeit waren viele der grünen Herzensangelegenheiten entweder schon umgesetzt (homosexuelle Lebenspartnerschaften, Staatsangehörigkeitsgesetz) oder von den Realitäten hinreichend ‚klein gearbeitet‘ (Atomausstieg) oder revidiert (Militäreinsätze) worden, als dass es zu unüberbrückbaren Konflikten hätte kommen können. Zu den aus grüner Sicht wichtigsten Punkten der Koalitionsvereinbarung zählten die Übereinkunft, dass die ersten Atomkraftwerke während der neuen Legislaturperiode abgeschaltet werden sollen und eine Verdoppelung des Anteiles erneuerbarer Energien bis zum Jahr 2010 angestrebt wird. Die in Aussicht genommenen Verbesserungen bei der Kinderbetreuung, besonders durch den Ausbau von Ganztageschulen, entspricht ebenfalls grünen Forderungen, dürfte aber im Falle einer Realisierung nicht zuletzt aufgrund der Ressortzuständigkeiten eher den Sozialdemokraten zu Gute gehalten werden. Nicht durchsetzen konnten sich die Grünen mit ihrer Forderung nach einer sozialen Grundsicherung (schrägstrich, 11/12 2002: 18-20). Die deutlich verschlechterten Wirtschaftsdaten und Arbeitslosenzahlen kurz nach der Bundestagswahl von 2002 bedeuteten allerdings ohnehin, dass das gesamte System der sozialen Sicherung in einer - häufig wenig strukturierten - Diskussion auf den Prüfstand kam. Hierbei profilierten sich die Grünen bisweilen als wirtschaftliberaler Gegenpol zu den Traditionalisten des sozialdemokratischen Gewerkschaftsflügels.

Auch die Personalentscheidungen am Ende der Koalitionsverhandlungen sorgten nicht für Überraschungen, zumindest nicht auf Seiten der Bündnisgrünen. Die wichtigste Änderung war, dass die beiden früheren Fraktionsvorsitzenden in die Regierung aufrückten; Rezzo Schlauch wurde parlamentarischer Staatssekretär im Wirtschafts- und Arbeitsministerium, seine ehemalige Kollegin Kerstin Müller wurde Staatsministerin im Auswärtigen Amt. Zu ihren Nachfolgern wurden die frühere Parteisprecherin und Hamburger Wissenschaftssenatorin Christa Sager und die Thüringer frühere parlamentarische Geschäftsführerin der Bundestagsfraktion, Katrin Göring-Eckhardt, gewählt. Die Ministerriege der Bündnisgrünen blieb unverändert, wobei aus grüner Sicht wohl das wichtigste Ergebnis war, dass Ambitionen des Bundeskanzlers auf eine Übernahme der Zuständigkeit für Europa abgewehrt werden konnten. Sie blieb bei Außenminister Fischer, der zusätzlich die Vertretung der Bundesregierung im europäischen Verfassungskonvent von Peter Glotz (SPD) übernahm.

Für erhebliche Komplikationen sorgte allerdings die oben erläuterte Weigerung der Parteibasis, den gleichberechtigten Parteisprechern Claudia Roth und Fritz Kuhn die gleichzeitige Ausübung eines Bundestagsmandates zu gestatten. Beide hatten angekündigt, sich nötigenfalls für die Wahrnehmung ihres Abgeordnetenmandates zu entscheiden. Als auch der Versuch einer Übergangsregelung auf dem Hannoveraner Parteitag vom Dezember 2002 gescheitert war, legten beide ihre Vorstandsämter nieder. Da zu diesem Zeitpunkt bereits die Entscheidungen über alle relevanten fraktionsinternen Ämter gefallen waren, fand sich das erfolgreiche Führungsduo, das zum größten Wahlerfolg der Partei auf Bundesebene beigetragen hatte, plötzlich in der undankbaren Rolle als Hinterbänkler wieder (daran änderten auch halbherzige Versuche nichts, neue Ämter für die beiden zu schaffen).

6 Perspektiven: Reformmotor der Koalition oder Funktionspartei?

Offensichtlich überrascht von der Möglichkeit, die Koalition fortsetzen zu können, kam die rot-grüne Koalition auch beim zweiten Versuch alles andere als gut aus den Startlöchern. Auch wenn die Verwirrung deutlich häufiger auf Seiten der Sozialdemokraten zu orten war, so lassen sich ein Teil der Koordinations- und Kommunikationsprobleme innerhalb der Koalition zu Beginn der Legislaturperiode darauf zurückführen, dass die Grünen ihre beiden Parteisprecher kurz nach der Wahl auswechselten. Entscheidend für das schlechte Erscheinungsbild der rot-grünen Regierung in den ersten Monaten nach der Wahl war allerdings die Verschlechterung der wirtschaftlichen Basisdaten, die der Regierung seitens der Opposition den Vorwurf eintrug, vor der Wahl die Dramatik der wirtschaftlichen Lage

bewusst verschleiert zu haben. Die Regierung reagierte auf das Einbrechen der Staatseinnahmen zunächst mit einer Reihe von in der Öffentlichkeit heftig kritisierten Steuererhöhungen, bevor sich die Debatte auf die Notwendigkeit einer grundlegenden Reform der sozialen Sicherungssysteme konzentrierte. Hier ist die Bereitschaft der Bündnisgrünen zu durchgreifenden Reformen, also zu neo-liberal geprägten Einschnitten ins soziale Netz, strukturell ausgeprägter als bei einem erheblichen Teil der Sozialdemokraten. Dies lässt sich nicht zuletzt vor dem Hintergrund des oben skizzierten Wählerprofils der Bündnisgrünen verstehen, die nur schwache Wurzeln in der Arbeiterschaft haben. Dennoch sind die Profilierungsmöglichkeiten der Partei auf diesem Politikfeld begrenzt, weil bereits der sozialdemokratische Wirtschafts- und Arbeitsminister Wolfgang Clement die Rolle des Reformmotors erfolgreich - und häufig im Widerspruch zu den eigenen Parteifreunden - übernommen hat. Angesichts der wirtschaftlichen Schwierigkeiten dürften die Profilierungsmöglichkeiten und Erfolgchancen der Bündnisgrünen auf den Feldern Umweltpolitik und Verbraucherschutz in den kommenden Jahren eher begrenzt bleiben.

Bleibt die Außenpolitik, für welche die Grünen dank der alles überragenden Popularität von Joschka Fischer erhebliche Kompetenzzuwächse verzeichnen konnten (Graf/Neu 2002: 65). Schon die Zuspitzung des Irak-Themas im Wahlkampf hat allerdings gezeigt, dass auch auf diesem Politikfeld die Profilierungsmöglichkeiten des kleineren Koalitionspartners durch das Handeln des größeren begrenzt werden können. Der weitere Gang der Auseinandersetzungen um ein Eingreifen im Irak verdeutlichte denn auch, dass dies mitunter auch für die Handlungsmöglichkeiten gilt: Nicht alle Äußerungen (und Festlegungen) von Bundeskanzler Schröder waren mit Außenminister Fischer abgestimmt.

Die begrenzten Handlungs- und Profilierungsmöglichkeiten als kleinerer Koalitionspartner und das desolatte Erscheinungsbild der Koalition wirkten sich zu Beginn der Legislaturperiode nicht auf die Umfragewerte und Wahlergebnisse der Bündnisgrünen aus. Während die SPD bei den Landtagswahlen in Niedersachsen und Hessen (Februar 2003) schwere Niederlagen einstecken musste und in den Umfragen auf historische Tiefstände absackte, konnten die Bündnisgrünen sowohl bei den Wahlgängen als auch bei den Umfragen Zugewinne verzeichnen (siehe Tabelle 1; Politbarometer). Wie stabil diese Zugewinne sind, bleibt abzuwarten. Zweifellos profitierten sie in dieser Phase, wie schon einmal in der Mitte der neunziger Jahre, von der Schwäche der Sozialdemokraten. Diese wahlpolitische Abhängigkeit begrenzt allerdings auch ihre strategischen Optionen. Annäherungsversuche zwischen Christdemokraten und Grünen werden zwar immer wieder in den Medien diskutiert - fast ist man versucht, an das Ungeheuer vom Loch Ness zu erinnern, das auch immer wieder

aufzutauchen scheint, ohne jemals wirklich gesichtet worden zu sein. Bislang steht außer Zweifel, dass die inhaltlichen Schnittmengen zwischen Unionsparteien und Grünen für ein tragfähiges Bündnis auf Bundes- oder Landesebene bei weitem nicht ausreichen. Darauf haben nicht zuletzt die Grünen selber im letzten Wahlkampf wiederholt hingewiesen (siehe oben). An diesem Befund ändern auch spektakuläre Bündnisse auf kommunaler Ebene, wie die im Februar 2003 beschlossene schwarz-grüne Koalition in Köln, mittelfristig wenig.

Hinzu kommt, dass die Bündnisgrünen wahlpolitisch zu einem beträchtlichen Teil von Stimmen sozialdemokratischer Stammwähler profitieren. Die Erfahrungen der FDP zeigen, dass kleine Parteien bei einer strategischen Umorientierung mit einem erheblichen Austausch ihre Wähler- und Mitgliedschaft rechnen müssen, so dass ein solcher Wechsel nur in besonders günstigen strategischen Konstellationen erfolgversprechend ist (Poguntke 1999b).

Sind die Bündnisgrünen also zu einer linken Funktionspartei, zu einer linken FDP geworden? Ja, weil sie zu einem erheblichen Teil wegen ihrer Funktion als Koalitionspartner der SPD gewählt werden. Nein, weil ihre strategische Position ungünstiger ist. Trotz der Mehrdimensionalität des bundesdeutschen Parteienwettbewerbes (Pappi 1977) stand seit den sechziger Jahren außer Frage, dass die FDP eine Mittelposition im Parteiensystem einnahm. Mit anderen Worten, sie war, zumindest prinzipiell, nach beiden Seiten koalitionsfähig, obwohl dies über längere Phasen der sozial-liberalen und der christlich-liberalen Koalition politisch nicht zur Debatte stand. Von dieser komfortablen strategischen Position sind die Bündnisgrünen noch ein erhebliches Wegstück entfernt.

Literatur

- Alemann, Ulrich von (1999): Der Wahlsieg der SPD von 1998: Politische Achsenverschiebung oder glücklicher Ausreißer?; in: Niedermayer, Oskar (Hrsg.): *Die Parteien nach der Bundestagswahl 1998*, Opladen : Leske + Budrich, 37-62.
- Brettschneider, Frank (2003): Die Medienwahl 2002: Themenmanagement und Berichterstattung; *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Nr. 2.
- Burchell, John (2001): Evolving or Conforming? Organisational Reform within European Green Parties; *West European Politics* , Jg. 24, Nr. 3; 113-134.
- Bürklin, Wilhelm/Dalton, Russell J. (1994): Das Ergrauen der Grünen; in: Klingemann, Hans-Dieter/Kaase, Max (Hrsg.): *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahlen 1990*, Opladen: Westdeutscher Verlag, 264-302.

Die Bündnisgrünen nach der Bundestagswahl 2002: Auf dem Weg zur linken Funktionspartei?

- Bündnis 90/Die Grünen (2002): *Die Zukunft ist grün. Grundsatzprogramm von Bündnis 90/Die Grünen.*, Beschlossen auf der Bundesdelegiertenkonferenz in Berlin, 15. - 17. März 2002.
- Feist, Ursula/Hoffmann, Hans-Jürgen (1999): Die Bundestagswahlanalyse 1998: Wahl des Wechsels; *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, Jg. 30, Nr. 2; 215-51.
- Forschungsgruppe Wahlen (2002): *Bundestagswahl. Eine Analyse der Wahl vom 22. September 2002*, Mannheim: Berichte der Forschungsgruppe Wahlen e.V., Mannheim, Nr. 108.
- Forschungsgruppe Wahlen e.V. Emmert, Thomas; Jung, Matthias; Roth, Dieter (2001): Das Ende einer Ära - Die Bundestagswahl vom 27. September 1998; in: Klingemann, Hans-Dieter/Kaase, Max (Hrsg.): *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1998*, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 17-65.
- Gabriel, Oscar W. (2001): Neue Köpfe - bessere Stimmung?; in: Klingemann, Hans-Dieter/Kaase, Max (Hrsg.): *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1998*, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 163-203.
- Graf, Jutta/Neu, Viola (2002): *Analyse der Bundestagswahl vom 22. September 2002*, Sankt Augustin: Politikkompass 91.
- Harmel, Robert/Janda, Kenneth (1994): An Integrated Theory of Party Goals and Party Change; *Journal of Theoretical Politics*, Jg. 6, Nr. 4; 259-87.
- Harmel, Robert/Robertson, John D. (1985): Formation and Success of New Parties. A Cross-National Analysis; *International Political Science Review*, Jg. 6, Nr. 4; 501-23.
- Horst, Patrick (2001): Totgesagt leben häufig länger, manchmal lange. Zu den Überlebenschancen der Grünen vor dem koalitionspolitischen Erfahrungshintergrund der FDP; *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, Jg. 32, Nr. 4; 841-60.
- Ismayr, Wolfgang (1985): Die Grünen im Deutschen Bundestag: Parlamentarisierung und Basisanbindung; *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, Jg. 16, Nr. 3; 299-321.
- Kitschelt, Herbert (1988): Organization and Strategy of Belgian and West German Ecology Parties. A new Dynamic of Party Politics in Western Parties; *Comparative Politics*, Jg. 20, Nr. 2; 127-154.
- Lees, Charles (2000): *The Red-Green Coalition in Germany*, Manchester: Manchester University Press.
- Müller-Rommel, Ferdinand (2002): The Lifespan and the Political Performance of Green Parties in Western Europe; in: Müller-Rommel, Ferdinand/Poguntke, Thomas (Hrsg.): *Green Parties in National Governments*, London/Portland, Or: Frank Cass, 1-16.
- Neu, Viola/Molitor (1999), Ute Das Wahlverhalten der Frauen bei der Bundestagswahl 1998: Kaum anders als das der Männer; *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, Jg. 30, Nr. 2; 252-67.
- Niedermayer, Oskar (2002): Parteimitgliedschaften im Jahre 2001; *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, Jg. 33, Nr.

2; 361-67.

- Pappi, Franz Urban (1977): Sozialstruktur, gesellschaftliche Wertorientierungen und Wahlabsicht; in: Kaase, Max (Hrsg.): *Wahlsoziologie heute, PVS 2/3*, 195-229.
- Pedersen, Mogens N. (1982): Towards a Typology of Party Lifespans and Minor Parties; *Scandinavian Political Studies*, Jg. 5, Nr. 1; 1-16.
- Poguntke, Thomas (1987): The Organization of a Participatory Party - The German Greens; *European Journal of Political Research*, Jg. 15, 609-633.
- Poguntke, Thomas (1999a): Die Bündnisgrünen in der babylonischen Gefangenschaft der SPD?; in: Niedermayer, Oskar (Hrsg.): *Die Parteien nach der Bundestagswahl 1998*, Opladen : Leske + Budrich, 83-102.
- Poguntke, Thomas (1999b): The Winner Takes it All: The FDP in 1982/1983 - Maximizing Votes, Office and Policy?; in: Strøm, Kaare/Müller, Wolfgang C. (Hrsg.): *Policy, Office, or Votes? How Political Parties Make Hard Decisions*, Cambridge: Cambridge University Press, 216-36.
- Poguntke, Thomas (2001): *From Nuclear Building Sites to Cabinet: The Career of the German Green Party*, Keele: Keele European Parties Research Unit (KEPRU), Working Paper No. 6.
- Poguntke, Thomas (2002): Green Parties in National Governments: From Protest to Acquiescence?; in: Müller-Rommel, Ferdinand/Poguntke, Thomas (Hrsg.): *Green Parties in National Governments*, London/Portland, Or: Frank Cass, 133-45.
- Politbarometer *regelmäßige Erhebungen der Forschungsgruppe Wahlen e. V. im Auftrag des ZDF*.
- Raschke, Joachim (1993): *Die Grünen. Wie sie wurden, was sie sind*, Köln: Bund Verlag.
- Raschke, Joachim (2001): *Die Zukunft der Grünen. "So kann man nicht regieren"*, Frankfurt/New York: Campus.
- Rucht, Dieter (1987): Zum Verhältnis von sozialen Bewegungen und politischen Parteien; *Journal für Sozialforschung*, Jg. 27, Nr. 3-4; 297-313.
- Rüdiger, Wolfgang (2002): Germany; in: Müller-Rommel, Ferdinand/Poguntke, Thomas (Hrsg.): *Green Parties in National Governments*, London/Portland, Or: Frank Cass, 78-111.
- schrägstrich. Zeitschrift für bündnisgrüne Politik, 11/12 2002.
- Schmid, Josef (1999): Die CDU/CSU nach dem September 1998: Von der Wende zum Ende?; in: Niedermayer, Oskar (Hrsg.): *Die Parteien nach der Bundestagswahl 1998*, Opladen : Leske + Budrich, 63--82.
- Wiesenthal, Helmut (2000): Profilkrisis und Funktionswandel. Bündnis 90/Die Grünen auf dem Weg zu einem neuen Selbstverständnis; *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Nr. 5; 22-29.